

Zeitung des Arbeitskreises Soziale Vereine



Frankfurt am Main und Region

Nr. 12

Dezember 2006

Mit Ein-Euro-Jobbern verbündet, jetzt als Betriebsräte gekündigt

Skandal beim stadtnahen e.V. „Werkstatt Frankfurt“

- Wahlbeeinflussung
- Kündigungen
- Eine Spezialabteilung für ehemalige und amtierende Betriebsräte

Dies sind Entwicklungen bei einem städtischen Verein, die Schlimmes für andere Einrichtungen im Sozialen Bereich befürchten lassen. Wahlvorstand und Betriebsräte der Werkstatt Frankfurt e.V. haben ihre gesetzlichen Pflichten als Betriebsräte und gewerkschaftlichen Rechte ernst genommen und festgestellt, dass Ein-Euro-Jobber bei der Werkstatt Frankfurt nichts anderes arbeiten wie in den früheren Jahren als sie als Arbeitnehmer eingestellt waren. Zum Beispiel Sperrmüll für die FES abfahren.

Deshalb haben sie „gemeinnützig Beschäftigte“ (mit 1 Euro Jobs) auf die Wählerliste für die Betriebsratswahl aufgenommen. Vor diesem Hintergrund machte die Geschäftsleitung Stimmung gegen die Verdi-Betriebsratskandidaten. Mit Ablauf der Amtszeit des alten Betriebsrates wurden am ersten Folgetag ehemalige Betriebsräte und Wahlvorstandsmitglieder sofort in eine „Spezialabteilung“ versetzt, um unterqualifiziert und berufsfern stumpf zahllose Datensätze zu prüfen und abzugleichen.

Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende wurde zunächst von jeglicher Tätigkeit unwiderruflich freigestellt und dann fristlos gekündigt. Anlass für die fristlose Kündigung sei sein unentschuldigtes Fehlen. Ein sonderbares Fehlen. Zum Zeitpunkt hatte der Kollege A.B. Stimmzettel der Betriebsratswahl öffentlich ausgezählt. Übrigens, Vertreter der Geschäftsleitung waren zeitweise anwesend.

Gegen die offensichtlich politisch motivierten Kündigungen und Versetzungen wehren sich Betroffene vor dem Arbeitsgericht. Insbesondere am 23. Januar werden die Versetzungen und Kündigungen vor dem Frankfurter Arbeitsgericht im Hauptsachetermin verhandelt.

- Verurteilen wir die Entlassungsversuche und Versetzungen ehemaliger und amtierender Betriebsräte bei der Werkstatt Frankfurt
- Jede Belegschaft muss weiterhin das Recht auf freie gewerkschaftliche Interessensvertretung garantiert bekommen
- Wir verlangen die Rücknahme der Kündigungen und arbeitsvertragsgemäße Weiterbeschäftigung der Betroffenen.

Wir organisieren Solidarität und begleiten gemeinsam unsere Kolleginnen und Kollegen der Werkstatt Frankfurt beim Arbeitsgericht.

Kommt zu den Kammerterminen beim Arbeitsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2 (Konstablerwache):

Christoph Kappel: Kammertermin zur Versetzung
am Dienstag, 23.01.07
um 9.00 Uhr im Saal 103

Albrecht Berger: Kammertermin zur fristlosen Kündigung
am Dienstag, 23.01.07
10.30 Uhr im Saal 103

Ein weiterer Kammertermin wegen Abmahnung von Wahlvorstandstätigkeiten findet **am Dienstag, den 13.02.07** um 9.00 Uhr im Saal 103 statt.

Der ver.di-AK Soziale Vereine trifft sich
am 25. Januar 2007 um 18:00 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Wilhelm-Leuschner-Str. 69

DGB-Jugendclub

(linker Eingang Parkplatz Mainseite)

Thema: Solidarität mit den gekündigten Betriebsräten der Werkstatt Frankfurt e.V

abenteuer sozialarbeit

ist eine Veröffentlichung des „Arbeitskreises Soziale Vereine“ von ver.di Frankfurt am Main und Region (Ex-ÖTV).

abenteuer

sozialarbeit

Arbeitskreis Soziale Vereine informiert



Frankfurt am Main und Region

Veranstaltung

Tatort Werkstatt Frankfurt e.V.:

**Für Ein-Euro-Jobber eingesetzt
- als Betriebsrat an die Luft gesetzt**

am Montag, den 15. Januar 2007

um 19.00 Uhr

im Club Voltaire

Kleine Hochstraße 5

(Zwischen Hochstraße und Fressgass')

Bislang fast unbemerkt von der Öffentlichkeit spielt sich in der WERKSTATT Frankfurt e.V. - die im Auftrag der Stadt arbeitssuchende Menschen qualifiziert und beschäftigt (ca. 1.000 MitarbeiterInnen) - seit Anfang dieses Jahres ein Skandal ab, der deutlich macht, was „Fordern und Fördern“ im Detail bedeutet. Ein-Euro-Jobber besetzen massiv reguläre Arbeitsplätze, ein Betriebsrat, der versucht wenigstens gleiche Rechte für Ein-Euro-Jobber durchzusetzen, wird bedroht, abgewählt und mit Klagen und Schikanen aller Art überzogen, die Stadt Frankfurt und der neue Sozialdezernent Becker von der CDU leugnen ihre Verantwortung und die Stammebelegschaft der WERKSTATT schweigt ängstlich unter der autoritären Fuchtel der Geschäftsführung aus Angst ihre Arbeitsplätze.

Die Veranstaltung, auf der die betroffenen Ex-Betriebsräte anwesend sein werden, möchte über den Ablauf dieses Skandals informieren. Sie will außerdem ein Zeichen der Solidarität für die Ex-Betriebsräte setzen und zugleich für einen Gerichtsbesuch am 23.1.2007 mit den ehemaligen WERKSTATT-Betriebsräten mobilisieren helfen.

Aufruf zur Solidarität

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir fordern Euch auf, auf Eurer BR-Sitzung eine Solidaritätserklärung mit gekündigten und schikanierten BR- und Ex-BR-Mitglieder von der Werkstatt FFM zu verabschieden. Hier ein Textvorschlag:

„Mit "Ein-Euro-Jobbern" verbündet, jetzt trotz Schutz als Betriebsräte versetzt und gekündigt - es kann nicht angehen, dass Betriebsräte und ehemalige Wahlvorstandsmitglieder entgegen dem besonderen Kündigungsschutz auf berufsfremde und unterqualifizierte Arbeitsplätze versetzt oder ganz gekündigt werden.

Es ist ungeheuerlich, dass diese Praktiken in einem stadtnahen Verein von politisch Verantwortlichen geduldet werden.

Schikane und Druck sollen nicht nur die direkt Betroffenen zermürben, sondern auch auf alle anderen Arbeitnehmer einschüchternd wirken.

Diese Praktiken sind sofort zu stoppen. Wir fordern die arbeitsvertragsgemäße Weiterbeschäftigung der Mitglieder des ehemaligen Wahlvorstandes, die Rücknahme der Kündigungen und Versetzungen des noch amtierenden Betriebsrates und der ehemaligen Betriebsräte.“

Bitte informiert uns über Eure Beschlüsse!
Arbeitskreis Soziale Vereine
ver.di Frankfurt am Main und Region

